

## Der Albtraum wird wahr?

Was wir mit aller Kraft verhindern wollen, soll nun eintreten: Das Landesamt für Bauen und Verkehr hat das Planfeststellungsverfahren für den Bau der Tank- und Rastanlage Havelseen am Standort Paaren mitten in der Pandemie gestartet. Wie die Behörde mitteilte, soll die Auslegung der Unterlagen im Zeitraum vom 15. Februar bis zum 15. März 2021 ausschließlich im Internet stattfinden. „Das schließt viele Mitbürgerinnen und Mitbürger von der Beteiligung faktisch aus“, so die Position der Bürgerinitiative Potsdamer Norden (BI). „Gerade ältere Menschen hatten nicht die Chance, sich im Vorfeld zu informieren. Nun stehen sie dem komplizierten Teilnahmeverfahren allein und überfordert gegenüber.“ Die BI hatte in einem offenen Brief an den brandenburgischen Minister für Infrastruktur und Landesplanung, Guido Beermann, gefordert, das Verfahren einzustellen. Ferner sollte die Standortentscheidung im Vorfeld politisch geklärt werden. Sie erhielt darauf eine ablehnende Antwort. In dem Schreiben heißt es: „Die vorzeitige Einstellung des Verfahrens (...) wird nicht beabsichtigt, da sich das Verfahren gerade der von Ihnen genannten Kritikpunkte annehmen wird.“

Das stimmt so leider nicht. Nach den eigenen Vorgaben des Landesbetriebes Straßenwesen soll eine Beteiligung der „Träger öffentlicher Belange“ (z.B. Naturschutzverbände, Ortsbeiräte) und der Anwohner erfolgen, bevor man sich auf einen Standort festlegt. Erst dann soll das Planfeststellungsverfahren starten. „Die Behörden lassen sich also sehenden Auges darauf ein, viel Geld für ein Verfahren zu investieren, obwohl die Standortfrage nicht geklärt ist,“ sagt Ingo Kunde von der BI Potsdamer Norden. „Außerdem wundern wir uns darüber, dass unsere Anträge auf Akteneinsicht abgelehnt werden und die Planerin des Landesbetriebes ihre Teilnahme an Ausschusssitzungen des Potsdamer Stadtparlaments wiederholt abgesagt hat.“

Die BI hat sich nun mit Unterstützung des Nabu Brandenburg eine anwaltliche Vertretung gesucht und bereitet juristische Schritte vor. Für die Kosten sammelt die BI über das Spendenkonto beim Nabu Brandenburg (IBAN DE57 1009 0000 1797 7420 11, Zweck: Spende BI Potsdamer Norden). Die BI freut sich über jede Unterstützung (Spenden sind steuerlich absetzbar!). Mittlerweile wurde bekannt, dass der Stadtverwaltung Potsdam Unterlagen zur Raststätte seit März 2020 vorlagen, ohne dass daraufhin die Stadtverordneten, Ortsbeiräte, Anwohner oder Naturschutzverbände informiert wurden. „Mit der Veröffentlichung erst Ende August ist wertvolle Zeit verstrichen, die wir für wichtige Schritte hätten nutzen können“, so die BI.

Erfreut zeigte sich die BI über Unterstützung durch Politikerinnen und Politiker der Stadt Potsdam, der Landes- und der Bundesregierung. So schickt Oberbürgermeister Mike Schubert einen Brief an das Landesamt für Verkehr und Infrastruktur, in dem er die Aussetzung des fordert. Von zahlreichen Politikerinnen und Politikern der Grünen, der Anderen, der Linken, der SPD, der CDU und der ÖDP werden Einwendungen zu dem intransparenten Verfahren, der Standortwahl und der fehlenden Beteiligung geäußert. Parteiübergreifend wird eine Neubewertung alternativer Standorte, zum Beispiel der Raststätte Wolfslake, gefordert.

Anlagen:

Spendenaufruf

Antwort des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung